

September 2016

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Es wird ungemütlich
- Zukunft des Werkzeugbaus
- Fritz und die Visionen
- Neue Kultur?
- Zulieferer-Affäre
- CETA-Demo
- Die Waffen nieder!

www.roter-kaefer.de

Es wird ungemütlich - zieht Euch warm an!

Nein, wir wollen nicht dem Wetterbericht Konkurrenz machen. Es geht um die Entwicklung bei Volkswagen. Die Finanznot aufgrund des Dieselskandals, die Notwendigkeit der Neuaufstellung des Konzerns und Absatzeinbrüche fordern ihren Tribut.

Aber nicht bei den Boni der Vorstände oder den Dividenden der Eigentümer -

konzernen. Das soll die schon bekannten Personal-Abbauziele von 10% im indirekten Bereich und darüber hinaus erklären! Personalvorstand Blessing kündigte bereits an, dass Personalabbau unumgänglich sei und der Konzern das Instrument der Altersteilzeit nutzen werde, ohne die Abgänge zu ersetzen!

sel und Salzgitter, deren Getriebe und Motoren durch die E-Offensive deutlich weniger nachgefragt werden. Das gilt auch für die Komponente in Wolfsburg. Um die Arbeitsplätze bestmöglich zu sichern verhandelt der Gesamtbetriebsrat deshalb einen Zukunftspakt, der im November vorgestellt wird: Dort soll festgeschrieben werden, welche Standorte welche Produkte erhalten und wie sie ausgelastet werden.

VW-Gesetz verteidigen

Volkswagen wird sich auch diese „Arbeitsplatzsicherung“ von den Beschäftigten bezahlen lassen wollen. Wir sollten deshalb fragen, ob nicht die überzogenen Boni für die Manager und die Dividende für die Aktionäre teilweise auf dem Abgasbetrug beruhen und deshalb fordern, sie zur Sicherung der Arbeitsplätze heranzuziehen. Und noch eines sollten wir nicht vergessen: Die noch vorhandene Stärke des Betriebsrates beruht u. a. auf der Mitbestimmung aus dem VW-Gesetz und der Rolle des Landes Niedersachsen. Nicht allen Kritikern von Volkswagen geht es um einen berechtigten „Reinigungsprozess“. Es gibt auch Aktionäre und Konkurrenten denen unser Beharren darauf, dass Gewinne und Arbeitsplatzsicherung gleichrangige Ziele sein sollten, ein Dorn im Auge ist! Standortschließungen und Entlassungen, schlechtere Sozial- und Arbeitssicherheits-Standards sowie geringere Löhne würden die Profite sicher deutlich steigern!

Wir haben etwas zu verlieren!

Deshalb: Nicht Frust schieben und resignieren, sondern Wut entwickeln auf die Verantwortlichen im Konzern und Widerstand organisieren gegen alle, die unsere erkämpften Rechte und Tarifverträge schleifen wollen!



wie im Kapitalismus üblich sollen die Beschäftigten die Zeche zahlen. Zu allererst die Leiharbeiter*innen, dann die Beschäftigten in den Projekten. Für die Stammebelegschaft gibt es noch eine Beschäftigungsgarantie um die Folgen der geforderten Produktivitätsfortschritte abzufedern.

Auf den Betriebsversammlungen in Braunschweig und Wolfsburg präsentierten die Vorstände Witter und Müller die „Defizite“ der Marke VW: Zu hohe Entwicklungskosten und eine zu geringe Produktivität im Vergleich zu anderen Auto-

Alles wird in Frage gestellt

Um Geld für die neuen Unternehmensfelder Digitalisierung, Autonomes Fahren und E-Mobilität zu generieren, wird alles in Frage gestellt. Die Komponente, ganze Standorte, geraten wieder einmal unter Druck, weil deren Produkte auch bei anderen Firmen zu kaufen sind. Da werden schon jetzt Gelder für „alte“ Produkte gestrichen, obwohl noch keine neuen da sind. Ausbildungsplätze werden in Frage gestellt. Alles was Personal reduzieren kann, ist willkommen. Das gilt nicht nur für Braunschweig, sondern auch für Kas-

Werkzeugbau in Braunschweig - für eine Zukunft braucht es Bewegung

Die Beschäftigten im Werkzeugbau sind das Auf und Ab in der Auslastung und Umstrukturierungen gewohnt. Jetzt ist es wieder einmal soweit, dass die Bedrohung existenziell scheint. Werkzeugbau und Werktechnik werden zu einem Kompetenzzentrum Technik zusammengeführt. Das mag Chancen bieten, aber langjährig Beschäftigten kommt das bekannt vor: damals erschien das nicht tragfähig. Die Strategie von Betriebsrat und Werkzeugbauleitung hieß: Ein fester Platz im Produktentstehungsprozess und Definition als Komponentenwerkzeugbau! Von den Produkten, den Kompetenzen und den realen Aufträgen her die richtige Perspektive!

Warum hat das nicht funktioniert? Woher kommen die Defizite? Der Druck möglichst billig zu produzieren, veranlasst jeden Standort zu gucken, ob es nicht billigere Zulieferer gibt als den eigenen Werkzeugbau. Komponentenwerkzeugbau ist nur gut, wenn was schief geht, wenn es schnell gehen muss und Spezialisten gefragt sind, weil Lieferanten schon längst das Handtuch geschmissen haben. Personelle Verquickungen und Abneigungen sowie Verflechtungen in der jeweiligen Region mögen ein übriges getan haben.

Schwierig für die Leitung des Braun-

schweiger Werkzeugbaus „wenn niemand mit einem spielen will“! Wichtig, wenn der Werkleiter Joos sich zum Werkzeugbau bekennt. Aber ist das Werk nicht zu klein um den Werkzeugbau auszulasten? Spezialkompetenzen umzuleiten auf andere Fachgebiete ist ein langer Prozess und nicht für alle realistisch. Aus dem Standort Braunschweig heraus eine neue Aufstellung mit Perspektive scheint unter den Sparauflagen mehr als schwierig. Braunschweig selbst hat ja noch genügend Baustellen (nicht nur die KT) um zukunftssicher zu werden und die Belegschaft auszulasten! Dass es dem Betriebsrat gelungen ist, das Thema Werkzeugbau in den Zukunftspakt hereinzubekommen gibt Hoffnung.

Deshalb sollte auch hinterfragt werden, ob der „Komponentenwerkzeugbau“ gerade unter den Anforderungen an eine Neuaufstellung des Konzerns sowohl produkt- als auch prozessbezogen wirklich keine Zukunft hat! Gebraucht wird keine vom Finanzbedarf beeinflusste Setzung des Vorstandes dass Werkzeugbauten verzichtbar seien, sondern eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung! Wenn das bereits die Vorboten der geplanten Eigenständigkeit der Komponente und der Renditeerwartung sind, sollten wir nachdenklich werden.

Die Belegschaft des Werkzeugbaus hat ihre Kampfbereitschaft schon öfter bewiesen. Einige Betriebsversammlungen haben Vorstände zum Überdenken von Standpunkten gebracht. Den Druck sollte man den Herren Diess und Schmall nicht ersparen! Falls die alten Transparente nicht mehr da sind – für eine aktive Belegschaft und tatkräftige Vertrauensleute ist das wohl die kleinste Übung. Und dass wir unsere Ideen für einen zukunftsorientierten Werkzeugbau einbringen können und ihn mitgestalten, auch dafür lohnt es sich zu streiten!



Fritz und die Visionen

Neulich in der Pause, Inge war ziemlich begeistert: „Habt ihr das gelesen von dem neuen Digitalchef Johann Jungwirth, den sie von Apple direkt aus dem Silicon Valley zu uns geholt haben? Er ist fest überzeugt, dass seine Kinder keine Führerschein mehr brauchen, weil die Autos alle selber fahren. Hat er in der Gläsernen Fabrik in Dresden gesagt. Das ist ein richtiger Visionär! Und seine Mitarbeiter nennen ihn nur JJ“.

Sven schaute sie skeptisch an: „Ich kann mich noch gut erinnern, wenn meine Oma ihre Visionen hatte, hat die Mutter immer das Fenster zugemacht hat, damit sich die Nachbarn nicht über sie lustig machen.

Vielleicht wäre das auch was für Deinen JJ.“

„Nun mach mal die Inge nicht so an“, weist ihn Timo zurecht, „nach den ganzen Schummeleien mit dem Diesel kann ja nicht einfach so weiter gemacht werden, da muss sich doch was ändern, Unternehmenskultur und so.“

Aber Sven gibt nicht klein bei: „Die ganzen hoch bezahlten Manager sollen nicht so viel Visionen haben, sondern erst mal ihre Arbeit ordentlich machen. Z.B. bei dem Streit mit dem Zulieferer: Rein in die Kurzarbeit, raus aus der Kurzarbeit; das sieht mir mehr nach Chaos und Panik aus als nach vernünftiger Vorstandsarbeit.“

Ich meine, der Sven hat recht. Klar müssen neue Unternehmensfelder wie Digitalisierung, Elektromobilität und autonomes Fahren angegangen werden und dazu braucht es manchmal auch neue Gesichter. Und es ist viel Wahres dran, wenn Konzernchef Müller in der „Bild am Sonntag“ beklagt, dass „unser Unternehmen schon daran leidet, dass wir bisher zu obrigkeitshörig waren.“

Aber in der Realität wird der Informationsfluss von oben nach unten schlechter statt besser. Und statt die Meinung der Kolleginnen und Kollegen einzuholen und wert zu schätzen, werden immer öfters Änderungen „auf Zuruf“ gedrückt und versucht dadurch unten einzusparen. Da sollte es keinen wundern, dass die zeitweise Aufbruchsstimmung nach Bekanntwerden des Abgasbetruges verflogen ist und sich stattdessen der Frust breit macht.

Um die vielbeschworene Unternehmenskultur wirklich zu verändern, braucht es eben mehr als ein auch fürs's Fußvolk freigeschalteter Aufzug im Bürogebäude des Vorstands!

Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

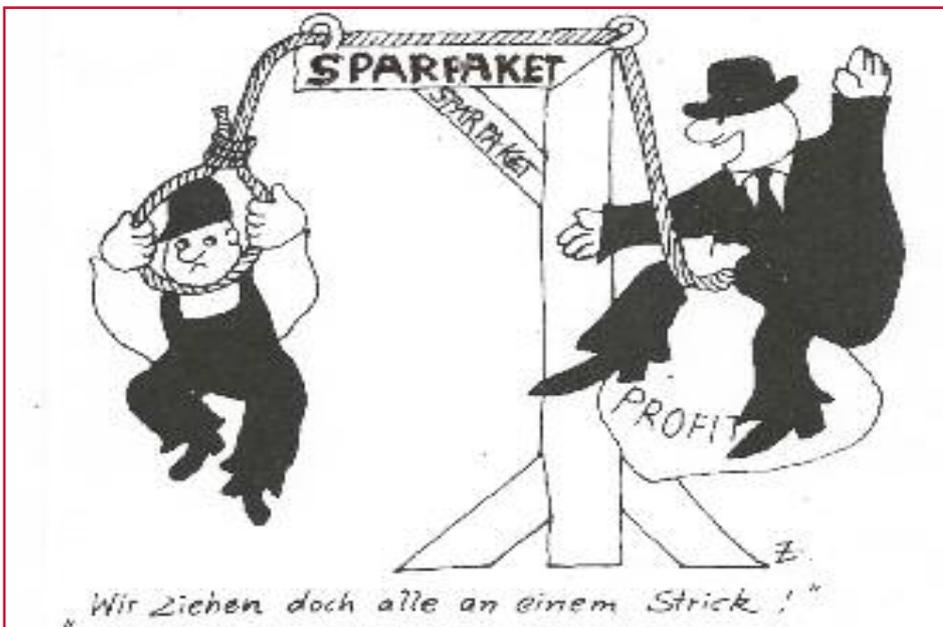
Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Neue Kultur bei VW - es bleibt viel zu tun!

Wenig Lob . . . wenig Vertrauen des Chefs: Wer in einem Unternehmen mit schlechtem Arbeitsklima tätig ist, wird offenbar häufiger krank. Das geht aus dem aktuellen Fehlzeitenreport der AOK hervor. Sagt einem eigentlich schon die eigene Erfahrung und der normale Menschenverstand. Aber wenn Umfragen das unterstützen, sollten sie genutzt werden. Also Führungskräfte bei VW: statt immer nur die hohe Fehlzeitenquote zu beklagen, reingeguckt, Schlüsse draus gezogen und umgesetzt. Und das sollte beim Vorstand anfangen!
Wer sich in der Belegschaft umhört, erfährt

in diesen Tagen, dass einiges eher schlechter statt besser wird. An vorderster Stelle: Kommunikation – informieren und zuhören, aber auch ernstnehmen. Dann: Entscheidungen treffen und zwar zeitnah!

Im Werk Braunschweig gab es auf der vorletzten Betriebsversammlung eine Umfrage, welche Faktoren in der Führungskultur den Beschäftigten am wichtigsten sind. Das Ergebnis: Ehrlichkeit und Menschlichkeit. Zur Ehrlichkeit wurde auf der letzten Versammlung genauer nachgefragt. Wir sind gespannt auf die Antworten!



Zulieferer-Affäre - Fragen über Fragen . . .

„Integres Handeln ist die Basis für jedes moderne, transparente und erfolgreiche Unternehmen“

formulierte Vorstandsfrau Christiane Hohmann-Dennhard (WAZ v. 15.9.)

Wo findet sich das im Umgang mit der Zulieferaffäre, die VW mindestens einen 2-stelligen Millionenbetrag kostet? Überall Schweigen im Wald. Über die Hintergründe kann deshalb nur spekuliert werden.

Wenn sich zwei „altgediente“ und zuverlässige Zulieferer plötzlich so verhalten, kann es sein, dass VW mit seinem Druck überzogen hat?

Kann es sein, dass es mit ihrem Aufkauf durch Prevent zu tun hat? Das ist nämlich

kein kleiner Zulieferer, sondern ein weltweit agierendes Unternehmen. Sonst hätte es das Wagnis sich mit VW anzulegen, nicht eingehen können.

Da aber VW zu allen Vorgängen schweigt, bleibt das Gefühl, dass es da etwas gibt, womit man den Konzern unter Druck setzen kann. Wie steht es mit der Verantwortung des Einkaufs? Was wird getan, solch einen „Gau“ in Zukunft zu verhindern?

Fragen über Fragen und keine Antworten. Fest steht, dass in der Belegschaft dieses Desaster und das Chaos in der Reaktion des Managements (Kurzarbeit Ja/Nein; wer ist betroffen, wer nicht; wer bezahlt den KollegInnen ihre Ausfälle) das Vertrauen in die VW-Führung nicht gestärkt hat.

Bayerns Finanzminister Söder will keine Apple-Milliarden

Apple soll rund 13 Milliarden Euro an Steuern in der Europäischen Union nachzahlen, einen Teil davon könnte auch Deutschland bekommen. Die deutsche Apple-Niederlassung hat ihren Firmensitz in München, mögliche Nachzahlungen will der zuständige bayerische Finanzminister aber nicht haben. Herr Söder nimmt das Geld offensichtlich lieber von Beschäftigten – die auch auf deutlich geringere Verdienste zwischen 14 und 42 Prozent Einkommenssteuer zahlen müssen – als von einem der reichsten Konzerne der Welt, der mit 0,005 Prozent nach Herr Söders Auffassung ausreichend besteuert wird. Eine höhere Besteuerung von Apple in der EU nennt er „überzogene Forderungen“ und befürchtet Ärger mit den USA. Na, Herr Söder, den Ärger sollten wir riskieren. Den Steuertricks der Großkonzerne muss ein Riegel vorgeschoben werden. Es kann nicht so bleiben, dass sie frei wählen können wo und vor allem wieviel Steuern sie zahlen wollen.

Lafontaine zu Hillary Clinton: Die vermutlich nächste Terroristin im Weißen Haus

Nach deutschem Recht ist diejenige eine Terroristin, die rechtswidrig Gewalt anwendet, um politische Ziele durchzusetzen. Das trifft auf Hillary Clinton, die auch „Killary“ genannt wird, in vollem Umfang zu.

Bekannt ist, dass sie den Libyen-Krieg mit zu verantworten hat. Jetzt belegt ein Dokument des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2012, dass sie den Bürgerkrieg in Syrien gewollt hat: „Der beste Weg, dem syrischen Volk zu helfen, (ist) das Regime von Bashar Assad zu stürzen... Kurz gesagt, das Weiße Haus kann die Spannungen zwischen Israel und Iran lösen, wenn es das Richtige in Syrien tut.. Wenn sein Leben bedroht ist und das seiner Familie, nur diese Drohung oder die Anwendung von Gewalt wird den syrischen Diktator Bashar Assad dazu bringen, seine Meinung zu ändern.“ Ein Eingreifen in Syrien sei zwar schwieriger sei als in Libyen, aber „ein Erfolg würde ein gestalterisches Ereignis für den Mittleren Osten bedeuten.“

Um ihre imperialen Ziele durchzusetzen führen die USA rücksichtslos Krieg und morden weiter. Und Europa soll die Kriegs-Flüchtlinge aufnehmen. Wann verweigert Europa endlich dem zerstörerischen US-Imperialismus die Gefolgschaft und wahrt seine eigenen Interessen?



Protest gegen CETA in Wolfsburg

320.000 Menschen haben am 17. 9. bundesweit gegen CETA und TTIP demonstriert. Zwei Tage später war der SPD-Parteitag in Wolfsburg zu diesem Thema angesetzt. Auch hier haben viele BürgerInnen ihren Protest deutlich gemacht. Aber die SPD-Delegierten haben diesen massenhaften Protest ignoriert und unter

dem Druck ihres Vorsitzenden Gabriel dem CETA-Abkommen zugestimmt. Mit der Lüge, nachdem Gabriel als Wirtschaftsminister das Abkommen unterschrieben hat, sei noch etwas zu ändern, versucht die SPD ihren Kniefall vor den Konzernbossen zu kaschieren. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob ihr das gelingt.

Aus einer Erklärung des Braunschweiger Bündnisses gegen Rechts:

Haltung zeigen, Grenzen setzen, Geschlossenheit verdeutlichen

Wie umgehen mit der AfD nach dem Einzug in den Braunschweiger Rat?

Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zieht aus dem Stand eine Partei mit 5 Abgeordneten in den Braunschweiger Rat ein, die nicht „nur“ als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist, sondern immer weiter in Richtung extrem rechter und völkischer Positionen driftet. Führende Personen der AfD treten in der Öffentlichkeit immer wieder mit Äußerungen hervor, die gezielt Ressentiments gegen gesellschaftliche Gruppen bedienen, Ängste schüren und rassistische Stimmungen anheizen. So werden insbesondere geflüchtete Menschen und Menschen muslimischen Glaubens pauschal unter einem Generalverdacht gestellt, diffamiert und ausgegrenzt.

Es ist die bunte Vielfalt von unterschiedlichen Menschen die hier zusammenleben, es sind Offenheit und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen, die dazu beitragen, dass Braunschweig eine liebens- und lebenswerte Stadt ist. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass rechte Demagogen das gesellschaftliche Klima weiter vergiften.

Wir appellieren an die demokratischen Parteien im Rat:

- Zeigen sie gemeinsam eine klare Haltung gegen rechte und rassistische Stimmungsmache und setzen sie deutliche Grenzen, wo eine sachliche und lösungsorientierte Diskussion verlassen und mit Vorurteilen und Hass Politik betrieben wird.

- Grundsätzlich sollte gelten: „Mit einer Partei, die die Gleichheit aller Menschen bestreitet, kann man nicht in den Dialog treten. Aber man kann ihr argumentativ entgegentreten, nachbohren und sie zur Rede stellen.“¹⁾

- Informieren sie sich über die Funktionsweisen rechtspopulistischer und extrem rechter Strategien und ihrer Demagogie, um sie zu entlarven und ihr mit überzeugenden Argumenten entgegen zu können.

- Erarbeiten sie einen gemeinsamen Konsens der demokratischen Parteien im Umgang mit der AfD.²⁾

- Stärken sie zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich gegen Rechtspopulismus und die extreme Rechte engagieren, die sich z.B. für ein gutes Zusammenleben mit Geflüchteten einsetzen.

- Tragen sie mit ihrer Politik dazu bei, dass alle Menschen, egal welche Herkunft, welche Religion, welche Kultur, welche Lebensweise, welchen sozialen Status sie haben, hier sicher und zufrieden leben und die Entwicklung der Stadt mitgestalten können.

- Fördern sie ein soziales und solidarisches Zusammenleben der Menschen in dieser Stadt. Dazu gehört auch, Probleme anzupacken und zu lösen: gesellschaftlicher Teilhabe, auskömmliche und gute Lohnarbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Kultur, Bildung, Kindergärten, Freizeitangebote und Jugendarbeit sowie öffentlicher Nahverkehr und Unterstützung für alle, die Hilfe brauchen, sind grundlegende Dinge, die für alle Menschen in dieser Stadt wichtig sind.

1) Zitat von Anetta Kahane; in: Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.): Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD
2) Vorbild könnte dafür z.B. der „Berliner Konsens“ sein; <http://www.mbr-berlin.de/berliner-konsens/>

(Auch im Wolfsburger Stadtrat ist die AfD mit 5 Abgeordneten vertreten!)



Die Waffen nieder - Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht. Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen...

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm - begleitet von verbaler Aufrüstung - an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung...

Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats, den Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen, keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.